

Zusammenfassung zum Wertpapierprospekt

für das öffentliche Angebot von

**8.000 auf den Inhaber lautenden unbesicherten
Schuldverschreibungen**
mit einem maximalen Gesamtnennbetrag des öffentlichen Angebots von
EUR 8.000.000,00
4 % p.a. Anleihe 2017/2027

International Securities Identification Number: DE000A2E4PH3
Wertpapier-Kenn-Nummer: A2E4PH

der

Deutsche Bildung Studienfonds II GmbH & Co. KG

Frankfurt am Main

8. Dezember 2021

Die Deutsche Bildung Studienfonds II GmbH & Co. KG („**Emittentin**“) wird bis zu 8.000 verzinsliche Inhaber-Schuldverschreibungen im Nennbetrag von je EUR 1.000,00 („**Schuldverschreibungen**“ oder „**neue Schuldverschreibungen**“) begeben. Die neuen Schuldverschreibungen sind vollständig fungibel mit den am 19. Juni 2017 unter gleicher ISIN/WKN begebenen bestehenden unbesicherten 10.000 Inhaber-Teilschuldverschreibungen der Emittentin („**bestehende Schuldverschreibungen**“), bilden mit den bestehenden Schuldverschreibungen eine einheitliche Anleihe und erhöhen deren Gesamtnennbetrag („**Aufstockung**“). Die neuen Schuldverschreibungen werden am 13. Juli 2027 zurückgezahlt und rückwirkend ab dem 13. Juli 2022 (einschließlich) bis zum 13. Juli 2027 (ausschließlich) jährlich mit einem festen Zinssatz von 4 % p.a. verzinst. Die Zinsen werden jährlich nachträglich jeweils am 13. Juli eines jeden Jahres gezahlt. Die erste Zinszahlung erfolgt am 13. Juli 2023.

Der Ausgabepreis wurde am 9. Dezember 2021 im Rahmen eines Bookbuilding-Verfahrens innerhalb der ursprünglich vorgesehenen Preisspanne von 102,5% bis 107,5% des Nennbetrags der öffentlich angebotenen Schuldverschreibungen auf 105,0 % des Nennbetrags festgelegt und per Pressemitteilung veröffentlicht. Die Anleger wurden darüber außerdem in einer Preisfestsetzungsmitteilung vom 12. April 2022 informiert, die bei der Luxemburgischen Finanzmarktaufsichtsbehörde Commission de Surveillance du Secteur Financier („CSSF“) hinterlegt sowie auf der Internetseite der Luxemburger Börse (www.bourse.lu) und auf der Internetseite der Emittentin (www.deutsche-bildung-invest.de) im Bereich „Relevante Dokumente zur Deutsche Bildung Anleihe 2017/2027“ veröffentlicht wurde.

Aufgrund der unerwarteten gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat sich die Emittentin entschlossen, den Ausgabepreis der Schuldverschreibungen anzupassen und ab dem 28. Juli 2022 für den Rest des Angebotszeitraums neu festzulegen. Für Zeichnungen, die bis einschließlich 27. Juli 2022 erfolgt sind, gilt unverändert der bisherige Ausgabepreis von 105,0% des Nennbetrags. Zu diesem Preis wurden bis zum 12. Juli 2022 insgesamt 2.761 Schuldverschreibungen platziert. Für Zeichnungen ab dem 28. Juli 2022 beträgt der Ausgabepreis für die verbleibenden, weiterhin angebotenen 5.239 neuen Schuldverschreibungen dagegen 98,0 % des Nennbetrags zzgl. Stückzinsen für den Zeitraum vom 13. Juli 2022 (einschließlich) bis zu dem Kalendertag (einschließlich), der dem zweiten Bankarbeitstag, an dem der Anleger sein kontoführendes Kreditinstitut anweist, den Nennbetrag zuzüglich etwaiger Stückzinsen auf das Konto der Emittentin bei der Zahlstelle zu überweisen, vorgeht.

Nach Ablauf des Angebotszeitraums am 30. November 2022 wird der Gesamtnennbetrag der neuen Schuldverschreibungen veröffentlicht. Die entsprechende Volumenfestsetzungsmitteilung wird neben der Angabe des Gesamtnennbetrags der neuen Schuldverschreibungen die Angabe des Nettoemissionserlöses enthalten. Die Volumenfestsetzungsmitteilung wird auf der Internetseite der Luxemburger Börse (www.bourse.lu) und auf der Internetseite der Emittentin (www.deutsche-bildung-invest.de¹) im Bereich „Relevante Dokumente zur Deutsche Bildung Anleihe 2017/2027“ veröffentlicht. Der maximale Gesamtnennbetrag der im Rahmen des Öffentlichen Angebots zu begebenen Schuldverschreibungen ist auf nominal EUR 8.000.000,00 begrenzt.

Die Einbeziehung der neuen Schuldverschreibungen in den Handel im Open Market (Freiverkehr) der Frankfurter Wertpapierbörse (Quotation Board), der kein regulierter Markt im Sinne der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über Märkte für Finanzinstrumente ist, wird beantragt.

Die neuen Schuldverschreibungen begründen unmittelbare, nicht besicherte, unbedingte und nicht nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin und stehen im gleichen Rang untereinander (*pari passu*) und mindestens im gleichen Rang mit allen anderen gegenwärtigen und zukünftigen nicht nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin; ausgenommen sind solche Verbindlichkeiten, denen aufgrund zwingender gesetzlicher Vorschriften ein Vorrang zukommt.

Dieses Dokument („**Prospekt**“) ist ein Prospekt und einziges Dokument im Sinne des Artikel 6 Absatz 3 Unterabsatz 1 Alternative 1 der Verordnung (EU) 2017/1129 („**Prospektverordnung**“), der zum Zwecke eines öffentlichen Angebots der neuen Schuldverschreibungen in der Bundesrepublik Deutschland, in Österreich und dem Großherzogtum Luxemburg erstellt wurde.

Der Prospekt wurde von der CSSF als zuständige Behörde gemäß der Prospektverordnung gebilligt. Die CSSF billigt diesen Prospekt nur bezüglich der Standards der Vollständigkeit, Verständlichkeit und Kohärenz gemäß der Prospektverordnung. Eine solche Billigung sollte nicht als eine Befürwortung der Emittentin, die Gegenstand dieses Prospekts ist, erachtet werden. Eine solche Billigung sollte auch

¹ Die Angaben auf der Webseite sind nicht Teil des Prospekts und wurden nicht von der CSSF geprüft oder gebilligt, sofern diese nicht mittels Verweises in den Prospekt aufgenommen wurden.

nicht als Bestätigung der Qualität der Wertpapiere, die Gegenstand dieses Prospekts sind, erachtet werden. Dieser Prospekt wurde als Teil eines EU-Wachstumsprospekts gemäß Artikel 15 Prospektverordnung erstellt. Die CSSF übernimmt gemäß Artikel 6 Absatz 4 des Luxemburgischen Gesetzes vom 16. Juli 2019 betreffend den Prospekt über Wertpapiere („**Luxemburgisches Wertpapierprospektgesetz**“) keine Verantwortung für die wirtschaftliche oder finanzielle Kreditwürdigkeit der Transaktion und die Qualität und Zahlungsfähigkeit der Emittentin. Anleger sollten ihre eigene Bewertung der Eignung dieser Wertpapiere für die Anlage vornehmen. In Bezug auf diesen Prospekt wurde die Notifizierung an die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht („**BaFin**“) und die Österreichische Finanzmarktaufsichtsbehörde („**FMA**“) gem. Artikel 25 Prospektverordnung beantragt. Der gebilligte Prospekt kann auf der Internetseite der Emittentin (www.deutsche-bildung-invest.de²) im Bereich „Relevante Dokumente zur Deutsche Bildung Anleihe 2017/2027“ und der Börse Luxemburg (www.bourse.lu) eingesehen und heruntergeladen werden.

Daneben erfolgt eine Privatplatzierung in der Bundesrepublik Deutschland und in bestimmten weiteren Staaten mit Ausnahme der Vereinigten Staaten von Amerika sowie von Kanada, Australien und Japan gemäß den anwendbaren Ausnahmestimmungen für Privatplatzierungen, insbesondere nach Artikel 1 Absatz 4 lit. a) Prospektverordnung bzw. dieser Vorschrift entsprechender Ausnahmetatbestände. Diese Privatplatzierung wird von Seiten der CSSF weder geprüft noch genehmigt.

Die neuen Schuldverschreibungen sind nicht und werden nicht im Rahmen dieses Angebots gem. dem United States Securities Act von 1933 in der jeweils geltenden Fassung („**US Securities Act**“) registriert und dürfen innerhalb der Vereinigten Staaten von Amerika oder an oder für Rechnung oder zugunsten einer U.S.-Person (wie in Regulation S unter dem US Securities Act definiert) weder angeboten noch verkauft werden, es sei denn, dies erfolgt gemäß einer Befreiung von den Registrierungsspflichten des US Securities Act.

Jegliche Internetseiten, die in diesem Prospekt genannt werden, dienen ausschließlich Informationszwecken und sind nicht Bestandteil dieses Prospekts.

Jeder wichtige neue Umstand, jede wesentliche Unrichtigkeit oder jede wesentliche Ungenauigkeit in Bezug auf die in diesem Prospekt enthaltenen Angaben, die die Bewertung der Wertpapiere beeinflussen können und die zwischen der Billigung dieses Prospekts und dem Auslaufen der Angebotsfrist auftreten oder festgestellt werden, müssen unverzüglich in einem Nachtrag zu diesem Prospekt gemäß Artikel 23 der Prospektverordnung genannt werden. Der gebilligte Prospekt ist ab dem 9. Dezember 2022 nicht mehr gültig. Die Pflicht zur Erstellung eines Prospektnachtrags im Falle wichtiger neuer Umstände, wesentlicher Unrichtigkeiten oder wesentlicher Ungenauigkeiten besteht nach dem Auslaufen der Angebotsfrist, d.h. sofern die Angebotsfrist nicht durch einen in diesem Fall erforderlichen Nachtrag gemäß Artikel 23 Prospektverordnung verlängert wird, ab dem 30. November 2022, 14:00 Uhr nicht mehr.

² Die Angaben auf der Webseite sind nicht Teil des Prospekts, sofern diese nicht mittels Verweises in den Prospekt aufgenommen wurden.

Ausgabepreis
bis 27. Juli 2022: 105,0%
ab 28. Juli 2022: 98,0% zzgl. Stückzinsen

ZUSAMMENFASSUNG DES PROSPEKTS

Abschnitt 1 Einführung

Bezeichnung und internationale Wertpapier-Identifikationsnummer (ISIN) der Wertpapiere:

Das öffentliche Angebot umfasst maximal **8.000** auf den Inhaber lautende unbesicherte Schuldverschreibungen 2017/2027 mit einem maximalen Gesamtnennbetrag von EUR **8.000.000,00** (ISIN: DE000A2E4PH3 / WKN: A2E4PH) („**Angebote Wertpapiere**“, „**Schuldverschreibungen**“ oder zusammen „**Anleihe**“).

Identität und Kontaktdaten der Emittentin, einschließlich Rechtsträgerkennung (LEI):

Deutsche Bildung Studienfonds II GmbH & Co. KG, Weißfrauenstraße 12-16, 60311 Frankfurt am Main, Deutschland, Telefon: +49 6992039450, Telefax: +49 69920394510, Internet: www.deutsche-bildung-invest.de ³ („**Deutsche Bildung**“, „**Gesellschaft**“ oder „**Emittentin**“). Rechtsträgerkennung (LEI): 391200XU8RQPOZ70SM17.

Identität und Kontaktdaten der zuständigen Behörde, die den Prospekt billigt:

Commission de Surveillance du Secteur Financier („**CSSF**“), 283, route d'Arlon, L-1150 Luxemburg, Telefon: (+352) 26 25 1-1 (Telefonzentrale), Fax: (+352) 26 25 1 - 2601, E-Mail: direction@cssf.lu.

Datum der Billigung des EU-Wachstumsprospekts: 8. Dezember 2021

Warnungen: Diese Zusammenfassung sollte als Einleitung zu diesem EU-Wachstumsprospekt verstanden werden. Der Anleger sollte sich bei jeder Entscheidung, in die Angebotenen Wertpapiere zu investieren, auf den EU-Wachstumsprospekt als Ganzen stützen und sich darüber bewusst sein, dass er das gesamte oder einen Teil des angelegten Kapitals verlieren könnte. Für den Fall, dass vor einem Gericht Ansprüche aufgrund der im EU-Wachstumsprospekt enthaltenen Informationen geltend gemacht werden, könnte der als Kläger auftretende Anleger nach nationalem Recht die Kosten für die Übersetzung des Prospekts zu tragen haben. Zivilrechtlich haften nur diejenigen Personen, die die Zusammenfassung samt etwaiger Übersetzungen vorgelegt und übermittelt haben, und dies auch nur für den Fall, dass die Zusammenfassung, wenn sie zusammen mit den anderen Teilen des EU-Wachstumsprospekts gelesen wird, irreführend, unrichtig oder widersprüchlich ist oder dass sie, wenn sie zusammen mit den anderen Teilen des EU-Wachstumsprospekts gelesen wird, nicht die Basisinformationen vermittelt, die in Bezug auf Anlagen in die betreffenden Wertpapiere für die Anleger eine Entscheidungshilfe darstellen würden.

Abschnitt 2 Basisinformationen über die Emittentin

Wer ist Emittentin der Wertpapiere?

Emittentin der angebotenen Wertpapiere ist die Deutsche Bildung Studienfonds II GmbH & Co. KG mit Sitz in Frankfurt am Main, Bundesrepublik Deutschland. Die Emittentin ist eine Gesellschaft mit be-

³ Die Angaben auf der Webseite sind nicht Teil des Prospekts, sofern diese nicht mittels Verweises in den Prospekt aufgenommen wurden.

schränkter Haftung & Compagnie Kommanditgesellschaft nach deutschem Recht, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Frankfurt am Main unter HRA 49994. Ihre Rechtsträgererkennung (LEI) lautet 391200XU8RQPOZ70SM17. Organe der Emittentin sind die geschäftsführende Gesellschafterin (Komplementärin), die wiederum durch deren Geschäftsführer vertreten wird, und die Gesellschafterversammlung. Komplementärin ist die dbde Deutsche Bildung Studienfonds Geschäftsführungs GmbH, mit Sitz in Frankfurt am Main, Bundesrepublik Deutschland, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Frankfurt am Main unter HRB 110464, deren Geschäftsführer Herr Andreas Schölzel und Frau Anja Hofmann sind. Die Deutsche Bildung Holding GmbH & Co. KG mit Sitz in Mainz, Bundesrepublik Deutschland, eingetragen im Handelsregister des Amtsgericht Mainz unter HRA 41758, hält als Kommanditistin 58,41 % des haftenden Kommanditkapitals der Emittentin. Die Isurus UBG GmbH hält 11,68%. Weitere Kommanditisten sind jeweils mit deutlich unter 10 % am Kommanditkapital beteiligt.

Der Gesellschaftszweck der Emittentin besteht in der finanziellen Förderung von Studierenden sowie in der Erbringung von Dienstleistungen an diese zur Förderung des Erfolges während des Studiums und während der ersten Berufsjahre (derzeit insbesondere in Form des Weiterbildungsprogramms „Deutsche Bildung Academy“). Die Deutsche Bildung AG mit Sitz in Frankfurt am Main, Bundesrepublik Deutschland, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Frankfurt am Main unter HRB 85331 ist Alleingesellschafterin der dbde Deutsche Bildung Studienfonds Geschäftsführungs GmbH, vermarktet auf Basis eines Managementvertrages die Dienstleistungen der Emittentin an Studierende und wählt die zu fördernden Studierenden auf der Grundlage eines von ihr entwickelten Auswahlverfahrens aus. Die Deutsche Bildung Holding GmbH & Co. KG ist auch an der Deutsche Bildung AG mehrheitlich (ca. 70,96 %) beteiligt. Die Emittentin, ihre Komplementärin, die Deutsche Bildung AG und die Deutsche Bildung Holding GmbH & Co. KG werden in diesem Prospekt gemeinsam als „**Deutsche Bildungs-Gruppe**“ bezeichnet.

Welches sind die wesentlichen Finanzinformationen über die Emittentin?

Ausgewählte Posten Gewinn- und Verlustrechnung (in EUR), HGB	1. Jan. 2021 - 30. Juni 2021 (ungeprüft)	1. Jan. 2020 - 31. Dez. 2020 (geprüft)	1. Jan. 2019 - 31. Dez. 2019 (geprüft)
Operativer Verlust ⁴	-478.995,86	-2.784.221,81	-2.909.319,17
Jahresfehlbetrag ⁵	-493.482,06	-3.235.650,10	-3.318.553,38
Ausgewählte Posten der Bilanz (in EUR), HGB	30. Juni 2021 (ungeprüft)	31. Dez. 2020 (geprüft)	31. Dez. 2019 (geprüft)
Aktiva	31.547.251,93	32.288.667,47	32.638.138,64
Eigenkapital	0,00	674.585,00	993.580,65
Nettofinanzverbindlichkeiten ⁶	30.022.125,56	29.979.183,00	26.981.678,30

⁴ Die Position „operativer Verlust“ entspricht der Summe der Positionen Umsatzerlöse, sonstige betriebliche Erträge und sonstige betriebliche Aufwendungen, die in den HGB Jahresabschlüssen 2020 und 2019 sowie im ungeprüften Halbjahresabschluss 2021 der Emittentin in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen sind. Die Summe ist ungeprüft.

⁵ Zusätzliche Angabe, als in HGB Jahresabschlüssen 2020 und 2019 sowie im ungeprüften Halbjahresabschluss 2021 der Emittentin explizit ausgewiesene Kennzahl

⁶ Die Position „Nettofinanzverbindlichkeiten“ entspricht der Differenz der Positionen „Verbindlichkeiten“ (ohne Rückstellungen) und „Guthaben bei Kreditinstituten“, die in den HGB Jahresabschlüssen 2020 und 2019 der Emittentin sowie im ungeprüften Halbjahresabschluss 2021 in der Bilanz ausgewiesen sind. Die Differenz ist ungeprüft.

Welche sind die zentralen Risiken, die der Emittentin eigen sind?

- a) Das Geschäftsmodell der Emittentin erfordert einen Vorfinanzierungsbedarf, da sie Mittel aus Förderverträgen an Studierende ausreicht und die Gegenleistung der Geförderten erst mehrere Jahre später zu erwarten ist. Die Emittentin will ihr Geschäftsmodell weiter ausweiten. Den sich dadurch ergebenden Vorfinanzierungsbedarf kann die Emittentin aktuell (noch) nicht aus ihrem operativen Kapitalfluss befriedigen, insbesondere nicht aus den Rückflüssen bereits bestehender Verträge. Daher will die Emittentin durch die Emission dieser Anleihe und ggf. andere Finanzierungsquellen den Kapitalbedarf der sich aus der Geschäftsausweitung ergibt befriedigen. Dies könnte jedoch nicht gelingen.
- b) Die Emittentin strebt an, den Bestand an Förderverträgen in der Gegenleistungsphase soweit auszubauen und auf einem Niveau konstant zu halten, das dauerhaft ausreichende Rückflüsse mit Überschüssen sichert, um das Geschäft der Emittentin mit dem fortlaufenden Abschluss neuer Förderverträge aus eigener Kraft ohne Aufnahme zusätzlicher Finanzierungen fortzuführen und immer neue Generationen von Studierenden zu finanzieren („Evergreen-Modell“). Dies könnte scheitern, wenn es ihr - möglicherweise auch aus Gründen, auf die sie keinerlei Einfluss hat - dauerhaft oder zeitweise nicht gelingt, ausreichend Förderverträge abzuschließen sowie erfolgreich abzuwickeln und die erwartete Gegenleistung zu erhalten.
- c) Die Emittentin könnte die zukünftigen Einkünfte der geförderten Studierenden falsch einschätzen und von Geförderten Rückzahlungen in geringerer Höhe als erwartet oder später als geplant erhalten, was zu Liquiditätsengpässen führen kann.
- d) Durch die vorzeitige Beendigung von Fördervereinbarungen oder verzögerte Rückzahlungen kann sich die Rendite der Emittentin verringern oder verzögern.
- e) Diverse personelle und kapitalmäßige Verflechtungen innerhalb der Deutsche Bildung Gruppe können dazu führen, dass Entscheidungen, die für die Emittentin getroffen werden, von Interessenkonflikten beeinflusst sind und nicht zum für die Emittentin optimalen Ergebnis führen.
- f) Die Konkurrenz des Angebots der Emittentin mit anderen öffentlichen und privaten Angeboten zur Studienfinanzierung könnte sich verschärfen. Insbesondere neue, attraktivere staatliche Studienförderungen könnten die Nachfrage nach dem Studienfonds-Modell der Emittentin beeinträchtigen.
- g) Für den Abschluss und die Abwicklung der Fördervereinbarungen der Emittentin, die in der Regel online angebahnt werden, gelten verschiedene verbraucherschützende Vorschriften oder es ist zumindest nicht auszuschließen, dass diese Anwendung finden. Aufgrund der bisher nur vereinzelt Rechtsprechung zu damit zusammenhängenden Rechtsfragen besteht nach wie vor Rechtsunsicherheit über die Anwendbarkeit und richtige Anwendung dieser Bestimmungen.
- h) Die Fördervereinbarungen beruhen auf einem einheitlichen Mustervertrag, auf den das Recht der Allgemeine Geschäftsbedingungen Anwendung findet. Angesichts des noch weitgehenden Fehlens von Rechtsprechung zu dieser Art von Verträgen besteht ein Risiko, dass die Gestaltung des entsprechenden Mustervertrags einer gerichtlichen Überprüfung nicht in allen Punkten standhält.
- i) Das Geschäftsmodell der Emittentin könnte als erlaubnispflichtige Tätigkeit im Sinne der Vorschriften des Kreditwesengesetzes eingestuft werden.

Abschnitt 3 Basisinformationen über die Wertpapiere

Welches sind die wichtigsten Merkmale der Wertpapiere?

Bei den Angebotenen Wertpapieren handelt es sich um 8.000 auf den Inhaber lautende, in Euro begebene Schuldverschreibungen mit einem Nennbetrag von je EUR 1.000,00 („**Nennbetrag**“) aus einer Anleihe mit einem bereits bestehenden Gesamtvolumen von EUR 10 Mio. zuzüglich des Emissionsvolumens von weiteren bis zu EUR 8 Mio. Der Ausgabepreis wurde am 9. Dezember 2021 im Rahmen eines Bookbuilding-Verfahrens innerhalb der ursprünglich vorgesehenen Preisspanne von 102,5% bis 107,5% des Nennbetrags der öffentlich angebotenen Schuldverschreibungen auf 105,0% des Nennbetrags festgelegt. Aufgrund der unerwarteten gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat sich die Emittentin entschlossen, den Ausgabepreis der Schuldverschreibungen anzupassen und ab dem 28. Juli 2022 für den Rest des Angebotszeitraums auf 98,0 % des Nennbetrags zzgl. Stückzinsen für den Zeitraum vom 13. Juli 2022 (einschließlich) bis zu dem Kalendertag (einschließlich), der dem zweiten Bankarbeitstag, an dem der Anleger sein kontoführendes Kreditinstitut anweist, den Nennbetrag zuzüglich etwaiger Stückzinsen auf das Konto der Emittentin bei der Zahlstelle zu überweisen, vorangeht, neu festzulegen. Für Zeichnungen, die bis einschließlich 27. Juli 2022 erfolgt sind, gilt unverändert der bisherige Ausgabepreis von 105,0% des Nennbetrags. Die Schuldverschreibungen verbriefen das Recht auf Zahlung von Zinsen sowie Rückzahlung des Nennbetrags. Die Schuldverschreibungen 2017/2027 haben die International Securities Identification Number (ISIN) DE000A2E4PH3, eine Laufzeit von ursprünglich zehn, für die prospektgegenständlichen Schuldverschreibungen verbleibenden sechs Jahren und einen festen Zinssatz von 4 % p.a. („**Zinssatz**“). Es bestehen keine Einschränkungen der freien Handelbarkeit der Schuldverschreibungen. Der Zinslauf für die Schuldverschreibungen beginnt am 13. Juli 2021 (einschließlich) und endet am 13. Juli 2027 (ausschließlich). Zinsen werden jährlich nachträglich am 13. Juli eines jeden Jahres gezahlt. Die Schuldverschreibungen werden am 13. Juli 2027 zu ihrem Nennbetrag zuzüglich aufgelaufener Zinsen zurückgezahlt, soweit sie nicht vorher zurückgezahlt oder zurückgekauft wurden. Die Anleihebedingungen der Schuldverschreibungen enthalten Regelungen gemäß dem Gesetz über Schuldverschreibungen aus Gesamtemissionen von 2009 (Schuldverschreibungsgesetz), wonach ein Mehrheitsbeschluss einer Versammlung der Schuldverschreibungsgläubiger für alle Anleihegläubiger bindend sein kann, auch für solche Anleihegläubiger, die ihr Stimmrecht nicht ausgeübt haben oder die gegen den Beschluss gestimmt haben.

Die Schuldverschreibungen begründen unmittelbare, unbedingte und nicht nachrangige Verbindlichkeiten und stehen im gleichen Rang mit allen anderen nicht nachrangigen derzeitigen und zukünftigen Verbindlichkeiten der Emittentin. Die Schuldverschreibungen sind unbesichert.

Wo werden die Wertpapiere gehandelt?

Die Einbeziehung der Schuldverschreibungen in den Handel im Open Market (Freiverkehr) der Frankfurter Wertpapierbörse (Quotation Board) wird beantragt. Dabei handelt es sich um ein multilaterales Handelssystem (MTF) im Sinne des Artikels 4 Absatz 1 Nummer 22 der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über Märkte für Finanzinstrumente. Die Entscheidung über die Einbeziehung der Schuldverschreibungen zum Handel im Open Market (Freiverkehr) liegt im Ermessen der Frankfurter Wertpapierbörse.

Welches sind die zentralen Risiken, die für die Wertpapiere spezifisch sind?

- a) Es besteht das Risiko des Totalverlusts des Anleihekaptals bei einer Insolvenz der Emittentin, insbesondere, weil die Schuldverschreibungen unbesichert und nicht durch Einlagensicherungssysteme geschützt sind.
- b) Das mögliche Angebot weiterer Schuldverschreibungen birgt Risiken für Anleger, insbesondere, da sich die Fähigkeit der Emittentin, Zins- und Tilgungszahlungen zu leisten, möglicherweise auf mehr Schuldverschreibungen, als von den Anlegern angenommen, verteilt.
- c) Es gibt keine Beschränkung für die Höhe der Verschuldung, die die Emittentin künftig aufnehmen darf; jede Aufnahme zusätzlicher Verbindlichkeiten der Emittentin, die nicht gegenüber den Schuldverschreibungen nachrangig sind, erhöht die Verschuldung der Emittentin und könnte den Betrag reduzieren, den die Inhaber der Schuldverschreibungen im Falle einer Liquidation oder Insolvenz der Emittentin auf ihre Forderung erhalten. Es besteht das Risiko, dass in Folge dessen kein Betrag verbleibt, der im Falle einer Liquidation oder Insolvenz der Emittentin an die Inhaber der Schuldverschreibungen ausgezahlt werden kann.

Abschnitt 4 Basisinformationen über das öffentliche Angebot von Wertpapieren

Zu welchen Konditionen und nach welchem Zeitplan kann ich in dieses Wertpapier investieren?

Die Schuldverschreibungen sollen in Deutschland, Österreich und Luxemburg wie folgt öffentlich angeboten werden:

Das Öffentliche Angebot beginnt am 9. Dezember 2021, 9:00 Uhr und endet, vorbehaltlich einer Verlängerung oder Verkürzung des Angebotszeitraums, am 30. November 2022 (14:00 Uhr) („**Angebotszeitraum**“). Anleger, die im Rahmen des Öffentlichen Angebots Schuldverschreibungen erwerben möchten, müssen während der Angebotsfrist für das Öffentliche Angebot bindende Zeichnungsangebote abgeben, indem sie (i) einen Zeichnungsantrag (kann unter der Geschäftsadresse des Managers der Emittentin, Deutsche Bildung AG, oder per Telefax +49 (69) 920 39 45 10 oder unter www.deutsche-bildung-studienfonds-2.de im Internet angefordert werden) vollständig ausgefüllt und unterzeichnet per Telefax an die Nummer +49 (69) 920 39 45 10, per E-Mail an invest@deutsche-bildung.de oder per Post an die Deutsche Bildung AG, Weißfrauenstraße 12-16, 60311 Frankfurt am Main, übermitteln und (ii) den Ausgabepreis für die von ihnen zu erwerbenden Teilschuldverschreibungen, umgehend auf das in dem Zeichnungsantrag genannte Konto der Emittentin überweisen. Dem Anleger werden von der Emittentin keine Kosten in Rechnung gestellt. Im Falle einer Verlängerung oder Verkürzung der Angebotsfrist wird die Emittentin erforderlichenfalls einen Nachtrag zu diesem Prospekt gemäß Artikel 23 der Prospektverordnung von der CSSF billigen lassen und in derselben Art und Weise wie diesen Prospekt veröffentlichen.

Daneben erfolgt eine Privatplatzierung in der Bundesrepublik Deutschland und in bestimmten weiteren Staaten mit Ausnahme der Vereinigten Staaten von Amerika sowie von Kanada, Australien und Japan gemäß den anwendbaren Ausnahmestimmungen für Privatplatzierungen, insbesondere nach Artikel 1 Absatz 4 lit. a) Prospektverordnung bzw. dieser Vorschrift entsprechender Ausnahmetatbestände („**Privatplatzierung**“ und zusammen mit dem Öffentlichen Angebot das „**Angebot**“).

Das Angebot hat ein indikatives Zielvolumen von insgesamt nominal EUR 8.000.000,00. Der Gesamtnennbetrag der im Rahmen des Öffentlichen Angebots angebotenen Schuldverschreibungen ist auf maximal EUR 8.000.000,00 begrenzt. Im Rahmen der gesonderten, prospektfreien Privatplatzierung wird die Emittentin evtl. bei entsprechender Nachfrage darüberhinausgehend weitere Schuldverschreibungen zuteilen und den Gesamtnennbetrag der Anleihe erhöhen. Das Volumen des öffentlichen Angebots, das auf der Grundlage dieses Prospekts erfolgt, bleibt davon unberührt.

Weshalb wird dieser EU-Wachstumsprospekt erstellt?

Dieser Prospekt wurde zum Zweck des öffentlichen Angebots der Schuldverschreibungen erstellt. Der Emittentin ist im Rahmen des öffentlichen Angebots bis zum 12. Juli 2022 aus der Platzierung von 2.761 Schuldverschreibungen zu einem Angebotspreis von EUR 1.050,00 je Schuldverschreibung ein Bruttoemissionserlös in Höhe von EUR 2.899.050,00 zugeflossen. Im Rahmen des öffentlichen Angebots der verbleibenden, weiterhin angebotenen 5.239 neuen Schuldverschreibungen fließt ihr bei unterstellter Vollplatzierung zu einem Angebotspreis von EUR 980,00 je Schuldverschreibung ein weiterer Bruttoemissionserlös in Höhe von EUR 5.134.220,00 zu, insgesamt also EUR 8.033.270,00 abzüglich der von der Emittentin zu tragenden Emissionskosten. Diese Emissionskosten belaufen sich im Falle der Vollplatzierung auf ca. EUR 129.000,00. Daraus ergibt sich bei dem angenommenen Bruttoemissionserlös in Höhe von ca. EUR 8.033.270,00 ein Nettoemissionserlös von ca. EUR 7.904.270,00. Sollten nicht alle Schuldverschreibungen platziert werden, fällt der Nettoemissionserlös entsprechend niedriger aus. Der Nettoemissionserlös soll ausschließlich für das Neugeschäft im Rahmen des bestehenden Geschäftsmodells der Emittentin verwendet werden, d.h. für den unmittelbaren Abschluss und die Erfüllung neuer Förderverträge, die Personen in ihrem Studium oder in Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen finanziell unterstützen. Wird ein geringerer Emissionserlös erzielt, werden entsprechend weniger neue Fördervereinbarungen abgeschlossen.

Die Deutsche Bildung AG hat ein Interesse am Erfolg der Emission der Schuldverschreibungen, da die Deutsche Bildung AG die mit der Emission eingeworbenen Mittel für die Emittentin in Fördervereinbarungen investieren kann und so die ihr für diese Tätigkeit im Managementvertrag zugesagte Vergütung verdienen kann. Die Höhe der Vergütung der Deutsche Bildung AG wird unmittelbar und mittelbar durch die Höhe der Fremd- und Eigenkapitalmittel, die die Emittentin in Fördervereinbarungen investieren kann, beeinflusst. Die Deutsche Bildung Holding GmbH & Co. KG und die weiteren Kommanditisten der Emittentin haben ein Eigeninteresse an der Durchführung der angebotsgegenständlichen Anleiheemission wegen der Verbesserung der Liquiditätssituation der Emittentin bei einer ganzen oder teilweisen Durchführung des Angebots.

Die Bankhaus Gebrüder Martin AG hat ein geschäftliches Interesse an der Durchführung des Angebotes, da sich ihre Vergütung für Dienstleistungen in Zusammenhang mit dem Angebot nach der Höhe des erzielten Emissionserlöses bemisst. Die vorgenannten Emissionsbegleiter haben daher ein geschäftliches Interesse an der Durchführung des Angebotes, da die Höhe ihrer Vergütung u. a. von der Höhe des erzielten Emissionserlöses abhängt.

Weitere Interessen von Seiten natürlicher und juristischer Personen, die an der Emission bzw. dem Angebot beteiligt sind, sind nicht bekannt.